Nummer 67 | Halle, Donnerstag, den 20. März 1924 | 59 Jahrgang

Straßenverkauf: 100 Milliarden.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Poincares Wahltaktik.

Deutsche Reichstagswahl und französische Kammerwahl.

Nach einer Pariser Meldung soll die Neuwahl zur französischen Kammer am 15. Mai stattfinden, das heißt, 14 Tage später als die Neuwahl zum deutschen Reichstag. Das Pariser Blatt, das diese Meldung bringt, fügt hinzu, man werde also in Frankreich Gelegenheit haben, aus dem Ausfall der deutschen Reichstagswahl seine besonderen Schlüsse für die französische Kammerwahl zu ziehen. Dabei rechnet das Blatt mit einem starken Anschwellen der deutschvölkischen Mandate und meint, man werde dabei erkennen können, wie ernst es Deutschland mit der Entwaffnung und mit der Versicherung seiner friedlichen Gesinnung sei. Eine Anzahl von deutschen Blättern habe an diese Meldung angeknüpft und ihr Bedauern ausgesprochen, daß man mit der deutschen Neuwahl nicht gewartet und lieber den Franzosen den Vortritt gelassen habe.

Diese Bedenken scheinen uns nicht gerechtfertigt zu sein. Es wäre ganz gewiß kein Zeichen guten Gewissens gewesen, wenn wir uns bei der Festsetzung des Wahltermins in Deutschland ängstlich nach französischen Stimmungen und Verstimmungen umgesehen hätten. Man hätte dadurch Frankreich allenfalls aufmerksam gemacht und ihm ein Schlagwort an die Hand gegeben. In Wirklichkeit ist nicht zu befürchten, daß sich die Neuwahl zur französischen Kammer irgendwie durch den Ausfall der deutschen Wahlen beeinflussen läßt. Man muß den französischen Durchschnittswähler kennen, um zu wissen, daß er über seine vier Wände nicht hinaussieht und daß er seine Stimmenangabe lediglich nach den Interessen richtet, die ihm am allernächsten liegen. Diese Interessen sind in Frankreich absolut innenpolitischer Art und werden wohl in erster Linie durch Fragen der Währung und der Preisbildung bestimmt. Ueber deutschnationale Wahlerfolge wird man sich in Frankreich im Wahlkampf sicher nicht aufregen. Es war deshalb durchaus gerechtfertigt, daß die deutsche Wahl auf den frühest möglichen Termin angesetzt wurde. Denn je eher bei uns eine innerpolitische Klärung eintritt, desto besser.

Damit ist aber nicht gesagt, daß man in Frankreich nicht etwa ein sehr wachsames Auge auf die deutsche Wahl hat. Der französische Ministerpräsident nimmt daran ein ganz außerordentlich großes Interesse. Wie Poincare im Wahlkampf abschneiden wird, ist nicht vorauszusagen. Auf alle Fälle aber wird der französische Ministerpräsident diejenigen internationalen Vorteile schaffen, aus denen er in Zukunft Nutzen ziehen will. Und hier spielt der Ausfall der deutschen Reichstagswahl eine große Rolle. Eine deutsche Regierung, die sich auf eine zuverlässige Mehrheit gemäßigter Parteien stützen kann, ist ihm die allerunangenehmste, die er sich nur wünschen kann. Denn diese Regierung nimmt ihm vollkommen den Wind aus den Segeln seiner internationalen Politik. Sollte aber eine solche Regierung durch die Neuwahl zum Reichstag gestürzt oder unmöglich gemacht werden, so würde Poincare der erste sein, der den Vorteil davon hätte.

Für die französische Kammerwahl ist der Ausfall der deutschen Reichstagswahl ziemlich belanglos. Für den französischen Ministerpräsidenten aber könnte er recht wohl ein Mittel werden, mit dem er seine Herrschaft wieder befestigt. Die Erfahrung zeigt immer wieder, wie schwer es ist, sich gegen die französische Gewaltpolitik durchzusetzen. Das Hauptbewismittel bei allen internationalen Spannungen ist und bleibt eben die Macht, und da Frankreich zurzeit so gut wie unangreifbar ist, so ist es kein Wunder, daß selbst eine Weltmacht wie England, schwer zu ringen hat, um sich durchzusetzen. Die deutsche Außenpolitik der letzten Monate war ein kluges Sichanpassen an diese Weltkonstellation. Und sie war nicht erfolglos. Ein Reichstag, dessen Mehrheit die Brücken dieser Politik abbricht, der an die Stelle der diplomatischen Anpassung das Schlagwort und die unüberlegte Tat setzt — ein solcher Reichstag würde dem französischen Ministerpräsidenten in die Karten spielen und ihm den willkommenen Anlaß bieten, die Einheitsfront der Gewalt gegen Deutschland wiederherzustellen.

Poincare ist viel zu klug, um nicht zu wissen, was ihm ein solcher Reichstag wert ist. Deshalb wird er alles tun, um die nationale Leidenschaft in Deutschland aufzupeitschen. Wir sehen schon, daß in der Pfalz die französische Schandwirtschaft wieder einsetzt. Und wir wissen, daß England in der letzten Zeit wiederholt einschreiten mußte, um das Wiederaufleben der alten Zustände zu verhüten. Wir dürfen überzeugt sein, daß der französische Ministerpräsident auch in anderen Fragen das deutsche Nationalgefühl auf die stärksten Proben stellen wird. Aus diesem und keinem anderen Grunde ist die Militärkontrolle wieder in Bewegung gesetzt worden. Und wenn nicht alles täuscht, so wird der Ablauf der Micumverträge Poincare ein willkommener Anlaß sein, um höchst überspannte Forderungen an die deutsche Regierung zu stellen. Es ist nur zu erklärlich, wenn das innerste deutsche Gefühl sich gegen solche Brutalitäten empört. Trotzdem heißt es, die kühle Ueberlegung zu bewahren. Wer im Weltkampf dem größten Schreier nachläuft, verbessert nichts, sondern verschlimmert unsere Lage.

Der Geheimbund gegen Deutschland.

Französisch-tschechische Front.

Die geheimen Abmachungen.

Zu dem am 25. Januar 1924 veröffentlichten „Freundschafts- und Bündnisvertrag" zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei werden jetzt die bisher offiziell immer abgeleugneten geheimen Abmachungen bekannt. Es handelt sich um fünf Dokumente. Am interessantesten ist das zweite Dokument, die am gleichen Tage wie das Bündnis unterzeichnete „Deklaration zum Bündnisvertrage zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei". Die Deklaration lautet:

1. Die Tschechoslowakei tritt bei einem Kriege mit Deutschland mit ihrer gesamten Kriegsmacht auf die Seite Frankreichs und umgekehrt.

2. Bei einem Kriege Polens mit Deutschland treten beide Vertragsparteien an die Seite Polens.

3. Vor der Eröffnung von Feindseligkeiten zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn gibt Frankreich die Unterstützung der Tschechoslowakei mit Kriegsmaterial zu erkennen.

4. Beide Vertragsteile verhalten sich bei einem Konflikte Polen-Rußland neutral.

5. Bei einem Wiederaufleben der Anschlußbewegung in der Bundesrepublik Oesterreich machen beide Vertragsparteien auf die Folgen in Form einer Besetzung der Bundesrepublik durch verbündete Truppen aufmerksam.

6. Die Wiederkehr der Habsburger in Ungarn verpflichtet Frankreich zur sofortigen Entziehung der Kredite.

7. Der Versuch einer Restaurierung der Hohenzollern in Deutschland oder in einem seiner Länder erfordert sofort schärfsten Einspruch ultimativen Charakters unter Ankündigung weiterer Sanktionen. Notorische Widersetzlichkeit Deutschlands ergibt einen casus belli.

8. Zu Rußland sind freundliche Beziehungen im Einvernehmen anzubahnen.

9. Die Unterstützung Rußlands durch Deutschland bei einem Kriege Rußland-Polen erfordert die gemeinsame Kriegserklärung der Vertragsteile an Deutschland.

10. Unabhängig bleibt die Stellung beider Vertragsteile in Italien. Die Bestrebungen Italiens zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft werden von beiden Vertragsteilen bekämpft.

*

Ein Wort der Kritik erübrigt sich. Diese geheime Abmachung ist ein Glied aus der militärischen Kette, die Frankreich um das wehr- und waffenlose Deutschland legt. Es ist erfreulich, daß die Oeffentlichkeit just an dem Tage davon Kenntnis erhält, an dem in der Pariser Kammer die „militärische Sicherung" Frankreichs derart gelöst wurde, daß Frankreich instand gesetzt wird, jederzeit eine starke Schlachtfront auf dem rechten (!) Rheinufer herzustellen.

* * *

Französischer Rüstungstaumel.

Paris, 19. März. Die Kammer beschäftigte sich gestern nachmittag mit der Frage der Organisation des französischen Heeres. Der Berichterstatter erinnerte an die Grundsätze der französischen Militärpolitik, die wesentlich defensiv (!) sei. Viele Franzosen hätten vor dem Kriege einen solchen Abscheu (!), daß die französische Politik nur auf die Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung und auf die Sicherstellung des französischen Rechts und der französischen Ehre (!) eingestellt sein könne. Diese Notwendigkeit entspräche den vier Zielen: 1. das Land gegen jeden Einfall zu schützen, 2. in Kriegszeiten alle Hilfsquellen für das Heer zu konzentrieren, 3. für die Verteidigung die größtmögliche Zahl von Soldaten zur Verfügung zu haben und 4. endlich vermittels Allianzen Frankreich den Beistand der größtmöglichen Zahl von Staaten zu sichern. Das Heer, das Frankreich unterhalte, soll in 22 Divisionen eingeteilt sein. Dazu kommen Spezialtruppen, wie Artillerie, Luftschiffwaffen, Kampfgeschwader, und die allgemeine Reserve. Das Heer soll in 19 Armeekorps eingeteilt sein.

Sechs Divisionen unter drei Armeekorpskommandanten werden im Rheinland garnisoniert werden,

der Rest wird im Innern Frankreichs auf dreizehn Armeekorps verteilt. Die Grenzarmee habe den Zweck, Frankreich ein Friedensheer zu geben, durch das es instand gesetzt werde, jederzeit eine starke Schlachtfront auf dem rechten Rheinufer herzustellen. (Bewegung auf verschiedenen Seiten.)

*

Der französische Senat hat gestern sämtliche Steuerprojekte der Regierung mit 161 gegen 121 Stimmen angenommen.

Einspruchsrecht gegen Entlassungen.

Berlin, 19. März. Das Reichskabinett hat beschlossen, daß den Beamten gegen die Entlassung aus dem Reichsdienst ohne die Versetzung in den Ruhestand auf Grund der Personalabbauverordnung grundsätzlich ein Einspruchsrecht eingeräumt werden soll. Dieses Einspruchsrecht soll auch für bereits durchgeführte Entlassungen gelten, aber nur Beamten, nicht auch Angestellten zustehen. Nähere Einzelheiten werden durch die Ressorts noch bestimmt werden.

*

Der Reichsrat hielt Dienstag abend eine kurze Vollversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Ausschüsse über Beamtenbesoldungen. Der Berichterstatter Ministerialdirektor Weyhe führte aus, daß die Reichsregierung dem Reichsrat neue Vorschläge gemacht habe. Es handelt sich darum, daß die Grundgehälter der Beamten um 13 Prozent erhöht werden sollen, während der frühere Vorschlag der Regierung nur 10 Prozent enthielt. Ferner sollen nach dem neuen Vorschlag die Ortszuschläge erhöht werden auf 80 Prozent von drei Vierteln der früheren Wohnungsgelder, die im Frieden gezahlt wurden. Endlich sollen die sozialen Beihilfen ebenfalls erhöht werden, und zwar die Kinderzuschläge auf 18, 15 und 17 Mark pro Monat, die Frauenzulage von 7 auf 8 Mark monatlich. Das Ganze bedeutet eine erhebliche Belastung für die Länder. Die Vertreter der Länder waren noch nicht in der Lage, mit ihren Regierungen in Verbindung zu treten. Die Vollversammlung wird am Donnerstag zur Erledigung der neuen Beamtengehälter wieder zusammentreten.

Aus der Wahlbewegung.

Von den Kandidaten zum Reichstag, die bisher aufgestellt wurden, nennen wir heute folgende bekannte Namen:

Deutsche Volkspartei:

Teltow-Beeskow-Charlottenburg Reichsminister Dr. Stresemann, Landrat z. D. v. Kardorff, Pfarrer Dr. Luther. Baden: Dr. Curtius, Düringer, Schaible. Düsseldorf: Staatssekretär a. D. Kempes. Duisburg-Crefeld: Oberbürgermeister Dr. Most.

Deutschnationale:

Baden: Staatsminister a. D. Walraff. Schleswig-Holstein: Dr. Oberfohren. Westfalen-Süd: D. Reinhard Mumm, Buchhändler Otto Rippel, Landwirt Riehus.

Demokraten:

Berlin: Dr. v. Siemens. Teltow-Charlottenburg: Dr. Dernburg. Magdeburg-Anhalt: Reichsminister a. D. Schiffer. Schleswig-Holstein: Graf Bernstorff. Weser-Ems: Reichsminister a. D. Koch. Düsseldorf-Ost: Erkelenz. Oberbayern-Schwaben: Hamm. Baden: Dietrich. Dr. Haas.

*

Dresden, 19. März. Für die Reichstags- und Landtagswahlen haben sich die völkischen Parteien und Organisationen in Sachsen: Nationalsozialistische Arbeiterpartei, deutschvölkische Freiheitspartei, völkische Bauernschaften, völkische Kampfgemeinschaften u. a. unter dem Ehrenvorsitz des bekannten völkischen Vorkämpfers Theodor Fritzsch zum völkischen Sozialblock zusammengeschlossen.

Die mecklenburgische Regierung.

Schwerin, 19. März. In der gestrigen Landtagssitzung wurde, wie vorauszusehen, zum Ministerpräsidenten und Innenminister Excellenz v. Brandenstein, zum Finanz- und Landwirtschaftsminister Amtsgerichtsrat Dr. Dietrich v. Oertzen, zum Kultus- und Justizminister Pastor Lic. Stammer gewählt. Die beiden ersten sind deutschnational, der letzte gehört der Deutschen Volkspartei an.

Die Not des Ruhrgebiets.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Essen, 17. März.

Der Frühling ist ins Land gezogen. Er spinnt seinen Zauber auch um die ragenden Schlote, die russigen Werkstätten, die dunklen Halden, die ehernen Fördergerüste, erfüllt die Menschenherzen mit neuem Hoffen. Ein schweres Jahr liegt hinter uns, ein furchtbarer Winter. Die Not war nie so groß im Lande, wo der Märker Eisen reckt.

Unter unsäglichen Opfern ist die Wirtschaft langsam wieder in Gang gekommen; aber darüber muß sich alle Welt klar werden: lange kann das Ruhrgebiet Opfer in diesem Ausmaß nicht mehr ertragen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den letzten Wochen mehr und mehr verringert, dennoch ist sie riesengroß, ein Zehntel der Bevölkerung und mehr ist immer noch ohne Beschäftigung. Die Arbeitenden aber können wegen der starken Belastung der Industrie, der Geldnot, nicht so entlohnt werden, wie es zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz notwendig ist. Der Hunger hat weite Volksschichten leiden lassen. Aerztliche Untersuchungen haben ergeben, daß in manchen Volksschulklassen

die Hälfte der Kinder tuberkulös

ist. In den Familien, deren Ernährer seit Herbst vorigen Jahres auf die unzulängliche Erwerbslosenunterstützung angewiesen ist, ist der Mangel grenzenlos. Es fehlt an ausreichender Nahrung; Salzkartoffeln und Brot ist in vielen Fällen das einzige, was auf den Tisch kommt. Es fehlt an Schuhen, an Wäsche, an Kleidung; viele Kinder können nicht zur Schule gehen, weil sie nichts anzuziehen haben. Das Elend in den Armenvierteln ist unbeschreiblich.

Die Steigerung der Not hat zu einer Steigerung der Kriminalität geführt. Die Gefängnisse sind überfüllt, die Gerichte haben Tag für Tag, Woche für Woche Plünderer, Einbrecher, Diebe abzuurteilen — gar viele sind durch die unseligen Verhältnisse auf die Bahn des Verbrechens gedrängt worden, bei nicht wenigen erhielt angeborene verbrecherische Neigung den Impuls durch von politischen Drahtziehern angefachte Putsche.

Raub und Ueberfälle, selbst Morde, kamen niemals so häufig vor, als im letzten Halbjahr mit seiner entsetzlichen Arbeitslosigkeit.

Sie zu lindern, ist die Industrie nach Kräften bestrebt, aber sie ist gehemmt, kann sich nicht frei entfalten, ist überlastet durch Reparationsverpflichtungen, Abgaben, Zölle. Es ist nicht böser Wille, wenn jetzt Tausende und Abertausende, die, solange die Micumverträge in ihrer heutigen Gestalt fortbestehen, nicht wieder beschäftigt werden können, die Akkorde erhalten — aber was soll aus diesen Unglücklichen werden? Die Städte und Gemeinden könnten wohl Tausende mit produktiven Arbeiten beschäftigen, an Wegebauten, an Bahnbauten, an Kolonisationsarbeiten gäbe es reichlich zu tun, aber den Kommunen fehlt es an Geld, fehlt es an Kredit. Die Wohnungsnot ist noch entsetzlich, zumal von der Besatzung zahlreiche Wohnungen, viele öffentliche Gebäude in Beschlag genommen sind. Den Werken fehlt es an Geld, der Bergmannssiedlung an Mitteln, den Gemeinden an Kredit.

Und doch könnte eine Belebung der Bautätigkeit anderen Industriezweigen Beschäftigung geben, tausenden Arbeitern eine Existenz verschaffen.

Alles kommt jetzt darauf an, ob es zwischen Berlin und Paris zu direkten Verhandlungen über die Reparationen kommen wird und ob es möglich ist, die Lasten auf breitere Schultern zu verteilen. Es muß einmal gesagt werden: das Ruhrgebiet bricht unter den gegenwärtigen Lasten zusammen, die Industrie wird zum Erliegen abermals kommen, das Ruhrgebiet, ehedem die größte werteschaffende Arbeitswerkstatt Europas, wird zum Friedhof, wenn nicht ein Wandel eintritt. Und zwar bald.

Täusche man sich nicht durch durch das äußere Bild, das die Großstädte in ihren Geschäftsvierteln bieten; stärker als das helle Licht der verschwenderischen Buden ist das Dunkel, das die trasse Not verbirgt, die sich verbirgt, solange es geht. Das Angebot an Lebensmitteln und Waren aller Art ist groß, doch es fehlt der breiten Masse an Geld zum Einkauf, und die Händler und Geschäftsleute haben ungenügenden Absatz. Alles setzt jetzt

die Hoffnung auf eine Verständigung,

die dem Ruhrgebiet endlich Bewegungsfreiheit zur Entfaltung seiner Produktionskraft gibt. Bricht diese Hoffnung zusammen, wird sie enttäuscht, tritt keine Erleichterung der Lasten, die Rückkehr zu normalen Verkehrsverhältnissen ein, dann wird das Ruhrrevier weder dem Reiche noch den Besatzungsmächten noch etwas zu bieten vermögen, dann wird die Not zu einem Wellenberg, der alles verschlingt.

Wer im unbesetzten Gebiet wohnt, kann sich keinen Begriff machen von dem moralischen Druck,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240320015/fragment/page=0001

der auf den Gemütern lastet. Die Presse ist geknebelt. Die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit gebunden. Der französische Propagandadienst, der sein Nachrichtenblatt allwöchentlich in Millionen Exemplaren an die Bevölkerung verteilt, die, weil arbeitslos, keine deutsche Zeitung halten kann, hat auch die Kinos zwangsweise in den Dienst seiner Propaganda gestellt. Der deutschen Propaganda ist der Mund verschlossen. Den Kommunisten stehen

für den Wahlkampf russische Millionen

zur Verfügung, die Separatisten haben freie Hand zum Wühlen, zum Aufpeitschen der Leidenschaften der bedauernswerten Erwerbslosen — den deutschen Standpunkt kann man in der Oeffentlichkeit nur mit äußerster Behutsamkeit vertreten.

Lenzessonnenschein flutet auf Tal und Hügel, spiegelt sich im Silberband der Ruhr, läßt die Kohlenkristalle auf den Fördertürmen aufblühen wie Demanten, aber auf dem unglücklichen Ruhrvolke lastet das Dunkel einer ungewissen Zukunft.

Reichswehr und Hitler-Prozeß.

Von Generalleutnant a. D. von Loebell.

Angesichts des Verlaufs, den die Prozeßverhandlung in München genommen hat, werden die nachstehenden Ausführungen eines angesehenen deutschen Offiziers, die noch unter Nichtung hin Recht und Gerechtigkeit wahren, besonderem Interesse begegnen.

So unerfreulich der Münchener Prozeß ist, so ist durch ihn doch unumstößlich festgestellt, daß die dortigen Reichswehrtruppen unter den schwierigsten Verhältnissen treu zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität sich eingesetzt haben und daß die Vorgesetzten sie fest in der Hand behielten. So tief jeder Offizier bedauern muß, daß General von Lossow pflichtwidrig gegen seinen höchsten militärischen Vorgesetzten aufgetreten ist, so steht andererseits unter Berücksichtigung der eigenartigen bayerischen Verhältnisse fest, daß die von ihm befehligte 7. Reichswehrdivision für die zu Recht bestehende bayerische Staatsgewalt eingetreten und gekämpft hat und nur ihre Pflicht tuend, zu Unrecht von einem Teil der Bevölkerung mit Schimpf behandelt worden ist. Wenn Teile der Reichswehr pflichtvergessen sich den Hitlertruppen angeschlossen hätten, dann brach auch unsere letzte Macht zusammen, Deutschland wurde der Spielball seiner inneren und äußeren Feinde. Es ist nicht zu verstehen, wie Ludendorffs Ansehen dasu ausgenutzt werden konnte, um junge, unerfahrene Offiziersschüler zu Unbehorsam zu verleiten. Auch irren sich die Buischüsten, die auf des Generals Hilfe bauen, wenn sie glauben, daß er, als Mitglied eines auf ungesetzlichem Wege eingetretenen Reichsdirektoriums die jüngeren Offiziere von ihrem höchsten Vorgesetzten ab- und zu sich hätte herüberziehen können.

Abgesehen davon, daß der Kriegsruhm des Generals von Seeckt ebenso fest begründet ist, abgesehen davon, daß militärische Sachverständige der Ansicht sind, daß das Kriegsjahr 1918 einschließlich des Waffenstillstandes vielleicht günstiger ausgefallen wäre, wenn Seeckt Einfluß auf den Verlauf gehabt hätte, gilt er bei allen einsichtigen Militärs als unersetzbarer Organisator und vertrauenswürdiger Chef der Reichswehr, als Vorbild an Pflichttreue der Staatsgewalt gegenüber. Es trifft nicht zu, daß Seeckt sich widerrechtlich der Staatsgewalt bemächtigen wollte, wie dieses im Prozeß behauptet wurde. Unnachsichtig würde er jeden Putsch von links oder rechts niedergeschlagen haben. Deshalb ist er so hoch und unnahbar, deshalb genießt er Achtung bei Freund und Gegner. Auf lange Dauer wird eine Regierung, wie bei uns die Parteiverhältnisse liegen, nicht über eine Parlamentsmehrheit verfügen, sie wird daher auch ferner durch Ermächtigungsgesetze, Reichsexekution und Uebertragung von größeren Machtbefugnissen an eine kraftvolle Persönlichkeit wie seinerzeit an General Seeckt, und ähnliche Maßnahmen Ordnung in Deutschland zu schaffen, das Reich vor inneren Unruhen und Putschen zu bewahren suchen. Das sind gesetzliche Mittel. Als Machtmittel hierzu braucht jede Regierung eine zuverlässige Reichswehr. Nicht zu verstehen ist es, daß ehemalige Offiziere die jungen Offiziersschüler zu Pflichtvergessenheit und Ungehorsam verleiten konnten. Als alter Offizier und Patriot warne ich davor. Gehorcht die Reichswehr oder Teile derselben nicht unbedingt ihrem höchstkommandierenden General und dem Reichswehrminister, so ist Deutschlands Ende gekommen.

*

München, 18. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Dienstag sitzung beginnt mit einiger Verspätung. Erst gegen 10 Uhr betritt der Gerichtshof den Saal. General Ludendorff erhält das Wort zu einer Gegenerklärung gegenüber der von Kardinal Faulhaber dem Gericht übermittelten Erklärung. Er stellt zu den einzelnen Punkten folgendes fest:

1. Es ist eine unrichtige Behauptung, wenn Kardinal Faulhaber sticht, ich hätte erklärt das Kardinal Faulhaber hinter den Plänen stehe, Bayern und Reich zusammenzuschließen.

2. Der authentische Wortlaut der Rede des Kardinals in Neuyork ist trotz verschiedener an den Kardinal herangetretenen Aufforderungen bis heute nicht veröffentlicht worden. Darum sind Mißverständnisse über einzelne Redewendungen des Kardinals selbstverständlich nicht ausgeschlossen. Nach der Neuyorker Staatszeitung hat der Kardinal den Lusitaniafall und den deutschen Einmarsch in Belgien als Verbrechen bezeichnet. Weiter stellt Ludendorff fest, daß er an eine Einwirkung des Königs auf Bern von Kahr in der fraglichen Nacht nicht mehr glaube.

3. Wenn Kardinal Faulhaber anführt, ich hätte gesagt, er habe die Versenkung der Lusitania für völkerrechtswidrig, so muß ich erklären, daß ich davon nichts gesagt habe.

4. Wenn endlich angenommen wird, ich hätte aus dem gleichwettigen Zusammentreffen des Fuchs-Machhaus-Prozesses und der Amerikareise von Kardinal Faulhaber Schlüsse gezogen, so ist das ein Irrtum. Derartiges ist mir nicht bekannt. Es folgt dann die Verlesung eines Artikels, den Ludendorff im Heimatland" am 3. November geschrieben hat.

Vorsitzender: In diesem Artikel findet sich der Satz:

Die völkische Bewegung führt das Volk durch Kampfgemeinschaft zur völkischen Diktatur. Was haben Sie sich darunter gedacht?

Ludendorff: Zweck der deutschen Kampfgemeinschaft ist nicht irgendeine Diktatur, sondern die deutsche Kampfgemeinschaft ist nach meiner Auffassung der Zusammenschluß aller derer, die für das Höchste, was wir haben, für die Freiheit des Volkes, einzutreten bereit sind.

Vorsitzender: Sie hatten doch immer erklärt, daß Sie die Errichtung einer nationalen Reichsdiktatur als sogenannte Notentlösung anstreben. Und sonst? Dem Gedankengange nach ja.

Vorsitzender: Hatten Sie denn am 8. November an eine derartige Lösung gedacht?

Ludendorff: Selbstverständlich.

Vorsitzender: Sie wußten doch, daß die Minister abgesetzt wurden.

Ludendorff: Als ich in den Bürgerbräukeller kam, wußte ich das nicht.

Vorsitzender: Haben Sie gewußt, daß Ebert abgesetzt ist?

Ludendorff: Nein.

Vorsitzender: Wollen Sie behaupten, daß Sie am Abend des 8. November noch an Ihrer Patenstellung weiter arbeiten wollten daß sein militärischer Wert gemeint war, sondern nur ein politischer Druck?

Ludendorff: Selbstverständlich. Scheufner hat mir in meiner Wohnung gesagt, daß Hitler die Absicht hätte, den Herren anderer Richtung, die ich kannte, zum Abspung zu verhelfen. Als ich in den Saal hineinkam, wurde mir von Hitler das kurz gesagt. Ich bekenne mich unter denselben moralischen Zwang wie die anderen.

Vorsitzender: Es wurde doch von der Diktatur Hitler-Ludendorff gesprochen.

Ludendorff: Ich glaube, das es viel mehr von anderen Leuten gesprochen hat als von den Unseren.

Staatsanwalt Dr. Stenglein: „Sie sind nach den Worten Hitlers zum

Führer der zu bildenden Nationalarmee mit diktatorischen Vollmachten

ernannt worden. Es scheint also so zu sein, daß Hitler Stellvertreter und Ludendorff Mitdiktator werden sollte." **Ludendorff:** Hierüber stand noch nichts Abschließendes fest. Ueber die näheren Einzelheiten sollte erst noch mit Lossow und Seisser gesprochen werden."

Der Vorsitzende wendet sich nun an Hitler mit der Frage: „Haben Sie im einzelnen mit Ludendorff über die Befugnisse Lettungnisse gesprochen?"

Hitler: „Ich hatte darüber noch nicht gesprochen, weil ja die einzelnen Befugnisse noch nicht abgegrenzt waren."

Staatsanwalt Ehardt: „Wenn das Gericht Wert darauf legt, über die Folgen des Putsches nähere Einzelheiten zu erfahren, so wäre es wohl am zweckmäßigsten, einen Vertreter des Auswärtigen Amtes als Zeugen zu laden."

Vorsitzender: „Ich schließe das Beweisaufnahmeverfahren und möchte anregen, die Frage der Plaidoyers zu besprechen. Staatsanwalt Dr. Stenglein: „Ich habe über die Vernehmung des Maiors Hunglinger einen Gerichtsbeschluß beantragt.

Vorsitzender: Das Beweisaufnahmeverfahren ist geschlossen. Das ist Gegenstand des Gerichtsbeschlusses."

Staatsanwalt Stenglein: „Ich bitte darüber, ob die Plaidoyers in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung gehalten werden sollen, in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln." Der Vorsitzende verkauft die Sitzung auf eine halbe Stunde, worauf in nichtöffentlicher Sitzung über die Behandlung der Plaidoyers beraten werden soll. Um ½1 Uhr wurde die Sitzung, ohne daß die Oeffentlichkeit wiederhergestellt wäre, beendet. Es wurde bekanntgemacht, daß die nächste öffentliche Sitzung am Freitag vormittag ½9 Uhr stattfindet. In dieser Sitzung wird dann auch der Gerichtsbeschluß darüber bekanntgegeben werden, ob die Plaidoyers in öffentlicher oder geheimer Sitzung gehalten werden sollen. Fast alle Angeklagten haben bereits erklärt, daß sie auf ein Schlußwort verzichten, nur Hitler hat sich zum Schluß eine große politische Rede bereits angekündigt. Das Urteil ist für Montag, den 31. März, zu erwarten, also zum letzten möglichen Termin, da bekanntlich mit dem 1. April die bayerischen Volksgerichte aufgehoben sind.

Der Zeignerprozeß.

Die Weihnachtsgans.

Leipzig, 19. März. Im Prozeß gegen den ehemaligen sächsischen Minister Dr. Zeigner und Genossen wurde gestern in der Beweisaufnahme fortgefahren. Der Angeklagte Möbius schilderte die Einzelheiten des Falles Brandt. Durch Vermittlung von Möbius reichte Brandt ein Gesuch um Straferlaß zu den damaligen Justizminister Dr. Zeigner ein. Das Gesuch hatte Erfolg. Das Geld, das dem Gesuch beilag, hat Dr. Zeigner nicht angenommen, sondern Möbius gegeben. Möbius hat davon mehr als 2000 Mark nach den Angaben von Möbius Dr. Zeigner und ihm selbst Mehl geschenkt. Das für Dr. Zeigner bestimmte Mehl hat aber Möbius Frau Dr. Zeigner verkauft, weil er wußte, daß Dr. Zeigner es doch nicht annehmen würde. Schließlich sagt Möbius noch aus, Brandt habe

Dr. Zeigner eine Weihnachtsgans überreicht

habe. Deren Annahme hat Dr. Zeigner verweigert, und als Brandt die Hand trotzdem liegen ließ, hat Dr. Zeigner sie Möbius gegeben. Im weiteren Verlaufe der Vernehmung des Angeklagten Möbius hält der Vorsitzende dem Angeklagten wiederholt vor, daß seine erste Aussage in der Voruntersuchung im Widerspruch zu seiner heutigen Aussage stünde. Möbius sagt, er habe die Zeigner belastenden Aussagen gemacht unter dem Einfluß von Rechtsanwalt Matzer und Staatsanwalt Fiedler. Der Angeklagte Dr. Zeigner äußert sich dann ausführlich über den Fall Brandt. Im Kaffee, wo Zeigner, Möbius und Brandt zusammengetroffen seien, habe Brandt die Besorgnis geäußert, daß er verhaftet würde. Zeigner will ihm darauf gesagt haben: Machen Sie sich deshalb keine Sorge; solange Ihr Gnadengesuch schwebt, können Sie nicht verhaftet werden. Brandt habe ihm daraufhin ein Kuvert mit Inhalt über den Tisch zugeschoben. Zeigner:

Ich bin glattweg zu feige gewesen,

in Gegenwart anderer ihm das Kuvert zurückzugeben Ich habe Möbius zu verstehen gegeben, daß ich ihn draußen noch treffen wollte. Als ich draußen das Kuvert aufriß, fand ich die Scheine darin. Zeigner schildert dann den Gang der Dinge bis zu der Besprechung vor dem Kaffee in Leipzig habe ihm Brandt zu seiner größten Ueberraschung die Gans gegeben. Ich gab die Gans zurück. Der Vorsitzende stellt dann verschiedene Widersprüche in der Aussage Zeigners fest. Zeigner hat, der Angaben, die er vor dem Untersuchungsrichter gemacht habe, seien falsch gewesen. Damals hätten seine Verteidigungen aus der Militärzeit kurz vor der Verführung gestanden, und er habe deshalb alles vermeiden wollen, was das Augenmerk des Untersuchungsrichters auf die Vorgänge beim Militär hinlenken konnte. Um ½2 Uhr tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung erklärt Zeuge Staatsanwalt Dr. Fiedler auf Befragen, ob er Möbius bei den Vernehmungen beeinflußt habe, er habe peinlich jede Drohung vermieden. Dr. Fiedler bekundet weiter, Möbius habe früher seine Aussagen widerrufen, aber habe ausdrücklich zugegeben, daß er vom Staatsanwalt nicht zu diesen Aussagen gepreßt worden sei. Es erfolgt die Vernehmung des Rechtsanwalts Dr. Metzer, der durch seine Strafanzeige das Verfahren in Gang gebracht hat. Er schildert, daß der erste Eingriff in das regelrechte Gnadenverfahren durch das Ministerium vom Dezember 1918 erfolgte. Er sei stutzig geworden, als ein Holzhandmann nicht begnadigt wurde, während ihm andere Mandanten sagten,

eine Begnadigung sei sofort zu erreichen, wenn man es mit einer Karte der U. S. P. D. oder S. P. D. mache.

Vorsitzender: Es wird behauptet, Sie wären wiederholt an Möbius herangetreten und hätten ihm den Rücken gesteift. Zeuge: Möbius kam nach seiner Haftentlassung zu mir und ich sagte ihm, er solle bei der Wahrheit bleiben. Möbius: Nein, das ist nicht wahr; der Mensch schwindelt zu wie gedruckt. Ich bin erst viel später bei ihm gewesen, als er mir den Gewerbeschein besorgte und mir Vorbereitungen Arbeit verschaffte. Metzer schildert dann noch zum Schluß den Besuch von Frau Zeigner bei ihm. Sie habe gesagt, ob sich nicht alles noch rückgängig machen lasse. Er habe erwidert, das sei unmöglich. Darauf habe Frau Zeigner gesagt, ob er nicht wenigstens versuchen könne, daß die Sache in der Presse breitgetreten wird. Hierauf habe er erwidert, die Sache müsse selbstverständlich in der Presse einen breiten Raum finden, denn es handele sich hier nicht um die Personen, sondern um das System, um den Marxismus. Darauf wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Preußischer Landtag.

Der **Preußische Landtag** trat am Dienstag nach längerer Pause wieder zu Plenarsitzungen zusammen. Er tritt allerdings diese Woche nur zu dieser Woche zusammenbleiben, um voraussichtlich dann schon in die Osterferien zu gehen. Zur **Haushaltsberatung** dürfte es also vor Ostern nicht mehr kommen, da zunächst der Staatsrat den Haushalt eingehend durchberaten will. An wichtigen Vorlagen sollen vor allem die über die evangelischen Kirchenverträge, über die Jugendwohlfahrt und über die Grundsteuer bis Freitag erledigt werden. Die Dienstagsitzung begann mit einer kleinen

kommunistischen Entrüstungsmache;

die äußerste Linke machte den vergeblichen Versuch, eine Reihe von Anträgen über Niederschlagung von Strafverfahren und Erlaß einer allgemeinen Amnestie sofort zur Beratung zu bringen. Der Kommunist Schulz-Neukölln verlangte in großem Stücken des Hauses die sofortige Aufstellung des Landtages, als seine Fraktion mit ihren Anträgen nicht durchgedrungen war. Das Haus trat sodann in die sachliche Beratung ein. Hierbei gab es eine neue eingehende Aussprache über die Durchführung der Neubauten auf der Berliner Museumsinsel, wobei die Abgg. Waentig (Soz.), Kimbel (Dtn.), Dr. Schwering (Ztr.) und Buchhorn (D. Vp.) forderten daß diesem Museumsstreit endlich ein Ende gemacht werde. Der Landtag solle sich der kulturellen Bedeutung der Bauten bewußt sein. Auch in einer finanziell trostlosen Zeit dürften

kulturelle Aufgaben nicht zurückgestellt

werden. Schließlich nahm das Haus den Antrag des Hauptausschusses an, der die Durchführung der Neubauten ohne Abstriche und Aufbringung der Mittel durch Einrichtung einer Lotterie nach dem Muster der Kölner Dombaulotterie empfiehlt. — Nach ausspruchslose Annahme des Entwurfes über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für Wohnungszwecke und Ministerunsmißtrauensvotum Schiesmann wiederholte der Landtag die namentliche Abstimmung über den deutschnationalen Entschließungsantrag auf einseitige Einstellung der Maßnahmen gegen die Dampfkesselüberwachungsvereine; hierhatte sich gestern in letzten Tage der Beratung des Landtages die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt. Der

Antrag ging mit 179 gegen 142 Stimmen durch.

Weitere Anträge, die Zurückziehung der Erlasse des Handelsministeriums über die Anstellung von den Gewerkschaften genehmen Betriebskontrolleuren und die Bildung von Ausschüssen und Belassung der Ausschußbefugnisse bei den Dampfkesselüberwachungsvereinen forderten, wurden der Ausschußberatung überwiesen. Am Mittwoch soll es dann zu dem Jugendwohlfahrtsgesetz sowie das Gesetz über die evangelischen Kirchenverfassungen zur Erledigung kommen.

Die Angst vor kommunistischer Infektion. Auf Verlangen Degouttes hat die Pariser Polizei Hausuchungen bei kommunistischen Jugendverbänden vorgenommen. Es soll Material zutage gefördert sein, das die kommunistische Beeinflussung der Jugend beweisen nachweist.

Noch ein Linksparteichen. Unter der Bezeichnung „Sozialistischer Bund" hat der aus der U. S. P. ausgeschiedene Reichstagsabgeordnete Ledebour eine neue Partei gegründet.

Kinderwagenreifen alle Grössen billigst Gummi-Bieder, Gr Steinstrasse 81, Nähe Markt

Der Meister.

Ein Kriminalroman von Ludwig Kavellet.

(10. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Nach etwa zehn Tagen meldete sich ein Mädchen, die sechsundzwanzigjährige Alma Hilter, und gab an, daß ihr Geliebter, der achtundzwanzigjährige Johannes Kurz den Diebstahl begangen habe. Man prüfte ihre Angaben nach, und sie erwiesen sich als richtig. Der Täter Johannes Kurz beging derzeit Urlaub; sein Name stand nicht im Fremdenbuch und seine Papiere eines Morgens am Main; die Leiche wurde noch am gleichen Tage geborgen und von der Alma Hilter als die des Kurz wiedererkannt. Die Hände des Ertrunkenen waren durch Geschwüre so entstellt, daß eine Messung bei Fingerabdrücke nicht möglich war; die Geschwüre sind nach Ansicht medizinischen Sachverständiger auf die Ausstrahlungen des Radiums zurückzuführen, und es ist anzunehmen, daß die schmerzhaften Hautveränderungen, die das Radium hervorriet, den Kurtz in den Tod getrieben haben. Das entwendete Radium ist bisher nicht gefunden worden, obgleich man sofort den Main durch Taucher absuchen ließ. Der Alma Hilter wurde die versprochene Belohnung ausgezahlt.

Wiemann verschwammen die Zeilen vor den Augen; er las noch einmal, aber sein Gehirn verweigerte das Zusammenfügen der Worte zu einem Bilde aneinanderzureihen; der neuen versuchte er sich mit der ganzen Kraft seines Willens in den Bericht, bis mit dem aufdämmernden Verständnis eine wilde Entrüstung über ihn hertiel.

Ein Toter also der Mörder eines Lebenden?..

Und die eben entdeckte Spur führte aus dem Dunkel dieser Tat in die noch unheimlichere Finsternis neuer Rätsel?

Nur langsam raffte sich Wiemann aus tiefer Bedrücktheit auf; zunächst galt es, die Alma Hilter zur Stelle zu schaffen, und er ordnete telegraphisch ihre Ueberführung nach Berlin an.

Zwei Stunden später lag auf seinem Schreibtisch ein Telegramm: „Alma Hilter aus Frankfurt unbekannt verzogen."

Daneben lag ein Brief aus Kopenhagen; das dänische Polizeiamt teilte mit, daß es trotz eifriger Nachforschungen nicht gelungen sei, den angeblich dänischen Staatsbürger Hans Lant zu ermitteln; ein Paß auf diesen Namen sei niemals von dänischen Behörden ausgestellt worden, und wenn dänische Papiere auf diesen Namen lauteten, müßten sie gefälscht sein.

Wiemann griff sich an den Kopf; an die Möglichkeit, daß auch bei dem Ermordeten etwas nicht in Ordnung sei, hatte er noch nicht gedacht; es war ihm aufgefallen, daß sich im Besitz des Toten außer der polizeilichen Anmeldung keine Papiere befanden, aber solche Fälle fanden nicht vereinzelt da; plötzlich jedoch erinnerte er sich, daß auch keine Photographie des Toten gefunden wurde, und ein seltsamer Verdacht verdichtete sich in seinem Gehirn . . .

Er hatte die Fingerabdrücke! Wenn sein Verdacht begründet war, mußten sie Aufschluß geben.

Noch einmal studierte er den Erkennungsdienst, nun die Fingerabdrücke des Toten zu messen und festzustellen; und eine Stunde später starrte Wiemann auf ein Blatt Papier: da stand deutlich und unverkennbar: „Johannes Kurz aus Frankfurt am Main . . ."

Wiemann ging unaufhörlich in seinem Zimmer auf und ab; er hielt den Blick über die Wände gleiten und erschrak. Da hatte ein grober Ungeschmack hinter Postkarten angeheftet, und über seinem Stuhl hing, jeden Besucher angrinsend, eine leichtbekleidete Frauensperson. Ein Griff: die Bild lag am Boden. Ein Schlitzmesser flog hinterdrein. Dann riß er das Fenster auf, und seine Unaeduld wandelte sich in eine fieberhafte Hast: er schob die Aktenstücke vom Tisch und stopfte sie in den Schrank; er las Zigarrenreste vom Boden und warf sie aus dem Fenster; er schimpfte über sich selbst und zaumte auf, wie ein Junggeselle, der galanten Besuch erwartet.

Das Zimmer blieb kahl, trotz aller Versuche, es freundlicher zu machen, und Wiemann begriff nicht, wie er in diesen vier schrecklich trostlosen Wänden fast ein Jahrzehnt hatte verbringen können, sein ganzes Wesen durchdrang, das es grau ward wie diese garstigen Hände.

Kriminalkommissar Wiemann rang mitten im Zimmer und starrte auf seine klaubigen Hände. In diesem Augenblick öffnete sich die Tür, just in diesem Augenblick, und eine Dame in schwarzfließendem Gewande trat über die Schwelle. Ein dichter Schleier ließ die elfenbeinerne Blässe eines schmalen Gesichts ahnen, und über einer kleinen, schlanken Hand spannte sich matt-glänzendes Leder, die Zartheit des Fußes noch stärker betonend. Sie neigte leicht den Kopf und sagte mit gedämpfter Stimme: „Sie haben mich rufen lassen, Herr Kommissar?"

Wie aus einer weiten Ferne klangen ihm die Worte ins Ohr und überfielen ihn mit einer idyllischen Vergangenheit. In seinem Arm suchte es, der Besucherin die Hand entgegenzustrecken wie einem ungeduldig erwarteten Freund; aber er besann sich, krümmte seinen Rücken zu einer höflichen Verbeugung und holte den Stuhl näher, die junge Dame mit einer Geste zum Platznehmen einladend.

Henriette Niedorf setzte sich: „Ich hoffe, Herr Kommissar, Sie werden mich nicht lange quälen. Sie können sich wohl denken . . ." und ein Stöhnen verschlang ihre Stimme.

Wiemann sieg eine Blutwelle heiß in den Kopf; und in einer Aufwallung verjüngten Gefühlens hielt er heraus: „Gewiß nicht, gnädiges Fräulein, es als unbedingt notwendig ist," und wie zu sich selber fügte er leiser hinzu: Es ist gewiß kein Vergnügen, sich in dieser trostlosen Amtsstube mit Fragen quälen zu lassen. Uebrigens ist es auch mir schmerzlich und peinlich, Sie noch einmal mit dieser traurigen Angelegenheit behelligen zu müssen!"

Als sie nichts erwiderte und nur wie in einer Ungeduld den Kopf hob, begann er aufs neue: „Es ist mir wirklich sehr peinlich, Fräulein Niedorf! Glauben Sie mir!" Wie eine Bitte klang das, und Henriette, einenartig berührt durch den Ton dieser Worte, sagte gedüldiger, als sie selber vielleicht wollte: „Ich weiß, Sie tun Ihre Pflicht, Herr Kommissar. Ich bin zu Ihrer Verfügung."

„Es ist nicht Neugier oder Zudringlichkeit," begann Wiemann stockend und mit gesenktem Kopf, „wenn ich einige Fragen über Ihr Verhältnis zu dem Verstorbenen an Sie richten muß, Fräulein Niedorf!"

„Ich werde antworten, soweit ich dazu in der Lage bin," sagte Henriette ein wenig kühl.

Wiemann riß sich zusammen wie unter einem Streich gegen Wassers: „Sie haben Herrn Lant vor dreivierteil Jahren kennen gelernt?"

„Sie nicte.

„Darf ich fragen, wie und wo die Bekanntschaft zustande kam?"

Henriette sah verwundert auf: „Wie ich Herrn Lant kennen gelernt habe? . . . Durch meinen Vater; er war ein Klubbruder meines Vaters und kam in unser Haus . . ."

Wiemann suchte nach geschmeidigen Worten; aber es lag wie ein schwerer Stein auf seiner Zunge:

„Konnte Ihr Herr Vater Herrn Lant von früher?"

„Das kann ich nicht genau sagen: so viel ich weiß, hat er ihn erst in Berlin kennen gelernt."

„Und hat Herr Lant Ihnen gegenüber von seiner Vergangenheit gesprochen: ich meine wie zwischen Verlobten . . ."

Henriette wurde ungeduldig: „Ich verstehe nicht, was diese Fragen mit dem Tode meines Verlobten zu tun haben, Herr Kommissar?! Ich weiß nicht mehr, was ich antworten soll: Herr Lant war ein schweigsamer Mensch. Ich wurde lang grübeln können, ohne ein Wort zu sprechen."

„Nun, ich will diese Frage anders stellen, Fräulein Niedorf: waren Sie über die Vergangenheit des Herrn Lant unterrichtet?"

„Sie quälen mich mit Fragen, die ich nicht beantworten kann. Mein Vater lud Herrn Lant in sein Haus, und er kam gelegentlich, mir!"

„Vielleicht wußte auch Ihr Vater nichts von dem, was Herr Lank vorher getrieben?"

Henriette hob den Schleier und sah Wiemann mit einem vollen, offenen Blick an: „Herr Kommissar, das geht zu weit. Bitte sagen Sie mir gerade und deutlich, was Sie wissen wollen, und wenn ich kann, werde ich antworten."

Wiemann wand sich unter diesem Blick; er fand keine Worte, die zart genug waren, die grobe, furchtbare Wahrheit zu umschreiben; sonst floß es wie ein Strom von seinen Lippen, wenn es galt, ein Opfer mit gefährlichen Fragen zu umgarnen. Henriette Niedorf gegenüber fehlte ihm jeder Mut zur Lüge: mit zur Faust zusammen wie in einem letzten Entschluß, richtete den Blick gerade auf sein Gegenüber, und in seinen Augen lag es wie eine Bitte um Vergebung für das, was seine Lippen sprechen mußten:

„Fräulein Niedorf, ich will ganz ehrlich und rückhaltlos sein; aber ich weiß nicht, ob Sie die volle Wahrheit ertragen werden . . ."

„Sprechen Sie. Eine Gewißheit ist stets leichter zu tragen als ein Ungewisses . . ."

„Auch wenn diese Gewißheit . . ." und als sie ungeduldig nickte: „Der Mann, den Sie als Lant kannten, hieß Johannes Kurk und kam nicht aus Dänemark, sondern aus Frankfurt am Main!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240320015/fragment/page=0002